

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst
am 20.02.2025

Tagungsort: Friedrich Wilhelm Murnau-Gesamtschule (Forum Haus 2)
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 19:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Bernd Henrichsmeier Bezirksbürgermeister

CDU

Herr Dr. Simon Lange Fraktionsvorsitz
Frau Sabrina Mokulys
Herr Günter Möller
Frau Tanja Schuh
Herr Werner Thole

ab 17.35 Uhr

SPD

Frau Ingeborg Abendroth Fraktionsvorsitz
Herr Nesrettin Akay stellv. Bezirksbürgermeister
Frau Melanie Grbeva

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Marc Burauen Fraktionsvorsitz
Herr Roland Lasche

FDP

Frau Dr. Aynur Durali

Die Linke

Herr Norbert Zimmer
Herr Ulrich Lücke

nachrichtlich

AfD

Herr Ricky Barylski

Fraktions- bzw. gruppenlose Mitglieder

Herr Ulrich Lücke

Nicht anwesend:

SPD

Frau Alexa Dohrenkamp

Von der Verwaltung

Herr Bielefeld	Bauamt	
Frau Choryan	Amt für Verkehr	
Frau Harodt	Immobilienervicebetrieb	
Herr Schwarz	Immobilienervicebetrieb	
Herr Peters	Umweltamt	
Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Herr Bittner	Bezirksamt Heepen	
Frau Machnik	Bezirksamt Heepen	(Schriftführerin)

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

./.

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und weist darauf hin, dass die Wortbeiträge in der Sitzung mittels eines Aufnahmeapparates aufgezeichnet werden.

Die von der Bezirksvertretung genehmigte Tagesordnung wird wie folgt erledigt:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Stieghorst

An die Bezirksvertretung und die Verwaltung werden keine Einwohnerfragen gerichtet.

Zu Punkt 1.1 Parksituation An den Gehren - Antwort der Verwaltung

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die im System eingestellte Antwort der Verwaltung auf die Einwohnerfrage aus der Sitzung vom 12.09.2024.

Zu Punkt 1.2 Verkehrssicherheit Einmündung Herderstraße/ Lipper Hellweg - Antwort der Verwaltung

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die im System eingestellte Antwort der Verwaltung auf die Einwohnerfrage aus der Sitzung vom 28.11.2024.

Zu Punkt 1.3 Winterdienst Fuß- und Radweg entlang der Stadtbahnlinie 4 - Antwort der Verwaltung

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die im System eingestellte Antwort der Verwaltung auf die Einwohnerfrage aus der Sitzung vom 16.01.2025.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 20.02.2025 - öffentlich - TOP 1 *

-.-.-

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 36. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 16.01.2025

Ohne Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 36. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 16.01.2025 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 20.02.2025 - öffentlich - TOP 2 *

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Zu Punkt 3.1 Bevölkerungsentwicklung

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die im System eingestellte Information der Verwaltung.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Stieghorst - 20.02.2025 - öffentlich - TOP 3.1 *

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Überfüllte Recycling-Container - Antwort auf Nachfragen aus der letzten Sitzung

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die im System eingestellte Antwort der Verwaltung auf Nachfragen in der letzten Sitzung.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Stieghorst - 20.02.2025 - öffentlich - TOP 3.2 *

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Schüleranmeldeverfahren an den Grundschulen zum Schuljahr 2025/2026 - Information der Verwaltung

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die im System eingestellte Information der Verwaltung zur Grundschule Sieker und zu der Osningschule.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Stieghorst - 20.02.2025 - öffentlich - TOP 3.3 *

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Neuordnung Parkraumbewirtschaftungszonen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9342/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die Anfrage von Herrn Lücke (Partei Die Linke) aus der letzten Sitzung und die Antwort der Verwaltung, die im Ratsinformationssystem hinterlegt sind.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Stieghorst - 20.02.2025 - öffentlich - TOP 4.1 *

Zu Punkt 4.2 Glasfaserausbau im Stadtbezirk Stieghorst

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9587/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die gemeinsame Anfrage der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der Einzelvertreterin der FDP und die im System eingestellte Antwort der Verwaltung.

Herr Dr. Lange (Vorsitzender CDU-Fraktion) bittet gegenüber den BürgerInnen um eine transparente und ausführliche Kommunikation, um Unsicherheiten zu beseitigen.

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier erklärt, dass er bei einem Orts-termin mit der BiTel und Westconnect eine Informationsveranstaltung zu dem Thema angeregt habe.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Stieghorst - 20.02.2025 - öffentlich - TOP 4.2 *

Zu Punkt 5 Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnungen

Zu Punkt 5.1 Neue Stellplatzsatzung für die Stadt Bielefeld; Aufteilung des Stadtgebiets in Zonen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8931/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier begrüßt Herrn Bielefeld (Leiter

Bauamt) zu diesem Tagesordnungspunkt.

Herr Bielefeld erläutert die in der neuen Stellplatzsatzung vorgesehene Zonierung. Der Stadtbezirk Stieghorst solle hauptsächlich der Zone 5 und mit kleineren Bereichen den Zonen 3 und 4 zugeordnet werden. Je nach Wohnlage gebe es unterschiedliche Bedarfe; so stehen in der Regel im ländlichen Raum mehr Autos zur Verfügung als in der Innenstadt. Dieser Unterschiedlichkeit solle Rechnung getragen werden, indem prozentual weniger Stellplätze gefordert werden. Herr Bielefeld erläutert die Unterschiede zwischen der Stellplatzverordnung für Nordrhein-Westfalen (NRW), der nicht verbindlichen Muster-Stellplatzsatzung, von einer Gruppe von Städten in NRW entwickelt, und der geplanten sowie der aktuell geltenden Stellplatzsatzung der Stadt Bielefeld, die bereits sehr differenziert sei. Die künftige Stellplatzsatzung solle mit einer prozentualen Abstufung angewendet werden. Herr Bielefeld weist darauf hin, dass die Stellplatzsatzung sich nur auf Privatgrundstücke beziehe.

Herr Dr. Lange (Vorsitzender CDU-Fraktion) fragt nach, ob andere Modelle geprüft worden seien und es dazu eine Auswertung gebe. Weiterhin möchte er wissen, ob es eine Analyse des Parkdrucks in einzelnen Stadtbezirken oder -teilen gebe und ob Anregungen von BürgerInnen aufgenommen worden seien. Er bezweifelt unter Hinweis auf die identische Zonierung, dass die Stellplatzsatzung losgelöst von der Parkraumbewirtschaftung zu sehen sei. Weniger Stellplätze auf Privatgrundstücken verschärfen aus seiner Sicht die Parksituation. In Bezug auf Fahrradstellplätze sehe er kein besonderes Stellplatzerfordernis, da diese auch in Kellerräumen untergebracht werden könnten.

Herr Bielefeld erklärt, dass die beiden Regelwerke zu Stellplätzen und zur Parkraumbewirtschaftung unabhängig voneinander angewandt werden können; lediglich die Zonierung solle gleich sein. Es falle durch die Stellplatzsatzung kein Parkplatz weg, sondern es gehe darum, wieviel Stellplätze künftig von behördlicher Seite im Rahmen einer Baugenehmigung gefordert werden. Dies werde in anderen Bundesländern durchaus anders geregelt; so habe Niedersachsen das Erfordernis einer Stellplatzsatzung komplett abgeschafft. Herr Bielefeld betont erneut, dass sich die Stellplatzsatzung allein auf private Flächen beziehe, während die Parkraumbewirtschaftung den öffentlichen Raum regle.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Durali (FDP) erläutert Herr Bielefeld, dass es die Intention des Gesetzgebers sei, den öffentlichen Raum von Autos zu befreien. Mit der neuen Stellplatzsatzung sollen Stellplätze in unterschiedlicher Anzahl gefordert werden können. Je weiter man sich in die Innenstadt bewege, desto weniger Stellplätze seien bei Bauvorhaben auf den Baugrundstücken einzurichten und so würden Bauherren und Mieter finanziell schwächer belastet.

Herr Lücke (Die Linke) sieht eine Verzahnung mit der Parkraumbewirtschaftung und weist in diesem Zusammenhang auf seine Anfrage in der letzten Sitzung und die Antwort der Verwaltung zu dem Thema hin. Auch er möchte wissen, ob es Analysen hinsichtlich des Parkdrucks gebe. Weiterhin fragt er, ob die Zonen anders als angenommen unterteilt werden, wenn sich die Situation in der Zukunft anders darstelle, oder ob mit unterschiedlichen Parkgebühren reagiert werde.

Herr Bielefeld erklärt, dass das Bauamt keine eigene Erhebung gemacht habe, sondern die Zonierung des Amtes für Verkehr übernommen habe.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) stellt fest, dass der Parkdruck verringert werden solle. Bei einer Verdichtung der Bebauung in der Innenstadt sei es aus seiner Sicht möglich, Stellplätze über Tiefgaragen zu schaffen. Auf Stieghorst bezogen führt er aus, dass ihm die Zuordnung zu den Zonen 4 und 5 nicht klar sei. Die Stadtbezirke seien im Einzelnen nicht ausreichend betrachtet worden. Er könne die Zoneneinteilung nicht nachvollziehen. Er bitte ebenfalls um die Offenlegung der Datengrundlagen für die vorgenommene Zonierung.

Herr Bielefeld führt aus, dass es um die staatliche Forderung von privaten Stellplätzen gehe. Es gebe immer mehr Autos und ggf. komme man an den Punkt, dass sehr viele Stellplätze oder ein PKW-Verbot für bestimmte Bereiche zu fordern seien. In Niedersachsen setze man auf die freiwillige Anlage von Stellplätzen; auch Hamburg oder Berlin hätten keine Stellplatzsatzung. Herr Bielefeld weist darauf hin, dass es in der Vorlage zunächst nur um eine Zoneneinteilung gehe.

Herr Lasche (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) kritisiert, dass es aus seiner Sicht als Fahrradfahrer nicht ausreiche Stellplätze für Fahrräder im Kellergeschoss eines Gebäudes zu schaffen, da E-Bikes beispielsweise kaum zu tragen seien. Er fordert grundsätzlich mehr Stellplätze für Fahrräder und begrüßt, dass diese künftig berücksichtigt werden sollen.

Herr Bielefeld stellt fest, dass es in der jetzigen Stellplatzsatzung keine Aussage zu Fahrradeinstellplätzen gebe. Eine neue Stellplatzsatzung biete die Möglichkeit diese zu fordern und auch die Qualität der Plätze zu definieren. Die Zonierung betreffe aber nur PKW-Einstellplätze.

Herr Dr. Lange meint, dass die Vorschläge nicht durchdacht seien und erneuert seine Fragen bezüglich der Datengrundlage, die noch nicht beantwortet seien. Er möchte wissen, auf welcher Grundlage/ welcher Daten die Zoneneinteilung vom Amt für Verkehr vorgenommen wurde und ob es noch andere Modelle gebe.

Herr Dr. Lange beantragt aufgrund der noch zu klärenden Fragen eine weitere Lesung.

Herr Lücke begrüßt die Vorlage entsprechenden Datenmaterials und bittet darum dabei auch darzustellen, inwieweit die Zonenzuordnung des Stadtbezirks Stieghorst mit anderen Stadtbezirken vergleichbar oder abweichend ist.

Frau Dr. Durali (FDP) begrüßt die beabsichtigte Rücknahme der staatlichen Forderung nach Stellplätzen. Auch sie möchte aber die Antworten der Verwaltung abwarten.

Einstimmig ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Beschlussvorlage der Verwaltung (Drucksachen-Nr. 8931/2020-2025) wird in 3. Lesung behandelt.

3. Lesung

* BV Stieghorst - 20.02.2025 - öffentlich - TOP 5.1 *

Zu Punkt 5.2

Neuordnung der Parkraumbewirtschaftungszonen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4129/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier begrüßt Frau Choryan (Amt für Verkehr) zu diesem Tagesordnungspunkt.

Frau Choryan erläutert anhand einer Präsentation Hintergründe und die bisherige Beschlusslage zur Thematik. Aktuell gebe es sehr unterschiedliche Gebühren und Regelungen. Hintergrund der vorgeschlagenen Zonierung sei das Ziel einer bestmöglichen Vereinfachung. Frau Choryan erklärt zur Zonierung, dass sie die Fragen des Gremiums zum vorangegangenen Tagesordnungspunkt mitnehme und die Daten zur Verfügung gestellt werden. Die vorgeschlagene Zonierung solle unter anderem sicherstellen, dass es nicht durch Ausweichen in Bereiche ohne Parkraumbewirtschaftung dort zu einem hohen Parkdruck komme. Man wolle zudem Parkplätze für Anwohnende sowie Serviceparkplätze, zum Beispiel für Anlieferung, Handwerker oder Sozialdienste, schaffen. Insgesamt sei schon ein Zusammenhang mit der neuen Stellplatzsatzung zu sehen, da bei weniger Stellplätzen im privaten Raum das Parken im öffentlichen Raum geordnet werden solle. Die vorhandenen Stellplätze sollen denen zur Verfügung stehen, die sie brauchen. Ein Start sei für die Innenstadt vorgesehen. Hier sollen Parkplätze zugunsten der genannten Gruppen reduziert werden. Dies sei möglich, da es in diesem Bereich einen guten Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gebe und viele Personen für kurze Wege ein Fahrrad nutzen. Parallel werde an Park&Ride-Anlagen und einem Verkehrsleitsystem gearbeitet.

Herr Dr. Lange (Vorsitzender CDU-Fraktion) zeigt sich irritiert, da nun doch Zusammenhänge zwischen den beiden Vorlagen erklärt werden. Er wünsche sich eine einheitliche Verwaltungsmeinung. Der Verkehr werde aus seiner Sicht aus der Innenstadt in die Außenbereiche verdrängt, Parkplätze sollen reduziert und BürgerInnen zur Kasse gebeten werden. Er befürchte viele restriktive Maßnahmen, so auch Parkgebühren für die Zonen 3 und 4.

Herr Dr. Lange beantragt aufgrund der noch zu klärenden Fragen eine weitere Lesung.

Frau Choryan betont, dass die Vorlagen zur Stellplatzsatzung und zur Parkraumbewirtschaftung unabhängig voneinander zu beschließen seien, da sich eine mit Privatflächen und die andere mit dem öffentlichen Raum befasse. Es sei aber aus Sicht der Verwaltung sinnvoll, inhaltlich gleiche Zonen zu wählen.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) sieht das Problem darin, dass einerseits weniger staatliche Regelungen in den

Bauverfahren gewünscht werden und das Amt für Verkehr andererseits Instrumente schaffe um dies aufzufangen. Er sehe das Konstrukt von der Sache her als richtig an. Zu der Aussage, dass der Parkdruck verringert werden solle, vermisse er Aussagen zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV für die Menschen, die in die Innenstadt wollen. So gebe es keinen Hinweis auf Park&Ride oder Ausschilderungen.

Frau Choryan stellt fest, dass die Vorlage sich mit dem Schwerpunkt Parken befasse und weitere Konzepte mit anderen Vorlagen auf den Weg gebracht werden. Letztlich sei es ein Zusammenspiel, indem man Anreize setzt und gewisse Möglichkeiten nicht zur Verfügung stellt. In der Innenstadt habe man mehr Anreize auf den ÖPNV umzusteigen oder das Fahrrad zu nutzen. Man wolle kein Überangebot an Stellplätzen schaffen, wenn diese nicht benötigt werden, und im öffentlichen Raum ressourcenschonend agieren.

Herr Lasche (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) sieht das Problem nicht in der Parkraumbewirtschaftung, sondern dem steigenden Besitz von Autos. Manche Menschen lehnen die Benutzung des ÖPNV ab. Den Gedanken Serviceparkplätze zu schaffen begrüßt Herr Lasche. Er fragt nach einem Parkleitsystem.

Frau Choryan erläutert, dass ein Parkleitsystem am Stadtrand ansetze und sich bis in die Innenstadt fortführe. Freie Parkplätze in der Nähe werden dann in Echtzeit angezeigt.

Frau Dr. Durali (FDP) erklärt, es gehe um die Abschaffung von Parkplätzen. Dies erschwere das Leben der Menschen mit PKW. Zunächst müsse der ÖPNV attraktiver gemacht werden, damit möglichst viele darauf umsteigen. Danach könne man prüfen, ob freie Stellplätze anders bewirtschaftet werden sollen. Auf ihre Nachfrage bestätigt Frau Choryan, dass die Serviceparkplätze aus den bestehenden Stellplätzen ausgegliedert werden.

Einstimmig ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Beschlussvorlage der Verwaltung (Drucksachen-Nr. 4129/2020-2025) wird in 3. Lesung behandelt.

Frau Choryan teilt mit, dass es eine Informationsveranstaltung geben werde, da auch aus anderen Bezirksvertretungen viele Fragen zu dem Thema Parkraumbewirtschaftung gestellt worden seien. Der Termin werde in Kürze mitgeteilt.

3. Lesung

* BV Stieghorst - 20.02.2025 - öffentlich - TOP 5.2 *

Die gezeigte Powerpoint-Präsentation ist im Gremieninformationssystem unter diesem Tagesordnungspunkt einsehbar.

Zu Punkt 6 Anträge

Zu Punkt 6.1 Verlängerung 30 km/h - Abschnitt Stieghorster Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9484/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf den gemeinsamen Antrag der Partei Die Linke und der SPD-Fraktion, der im Ratsinformationssystem hinterlegt ist.

Herr Dr. Lange (Vorsitzender CDU-Fraktion) erinnert daran, dass ein entsprechender Antrag schon vor mehr als 10 Jahren behandelt worden sei und die Antwort der Verwaltung für Verwunderung im Gremium gesorgt habe. Die Situation sei damals wie heute, dass viele Senioren in diesem Bereich die Stieghorster Straße überqueren. Es sei sinnvoll, für mehr Verkehrssicherheit zu sorgen. Seine Fraktion unterstütze daher den Antrag.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) schließt sich dem ebenfalls an. Er meint, dass sich einiges in der Zulassung von 30 km/h-Zonen getan habe, und bitte die Verwaltung um Prüfung.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1) Den Abschnitt der Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Stieghorster Straße bis zur Bushaltestelle "Memeler Straße" zu verlängern.

2) Die Geschwindigkeitsbegrenzung regelmäßig zu überwachen abwechselnd durch Display bzw. Geschwindigkeitsüberwachung mittels Radartechnik.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 20.02.2025 - öffentlich - TOP 6.1 *

-.-.-

Zu Punkt 6.2 Hinweisschild "Wohnstift Salzburg"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9589/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der

Einzelvertreterin der FDP, der im Ratsinformationssystem hinterlegt ist.

Herr Dr. Lange (Vorsitzender CDU-Fraktion) korrigiert zunächst die Bezeichnung. Es sei ein StVO-Gefahrzeichen mit Zusatz „Altenheim“ gemeint. Mit dem Aufstellen des Verkehrsschildes solle mehr Verkehrssicherheit geschaffen werden.

Herr Skarabis weist darauf hin, dass hier nur ein Prüfauftrag an die Verwaltung erfolgen könne.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Stieghorst bittet die Verwaltung um Prüfung, ob ein StVO-Gefahrzeichen mit dem Zusatz „Altenheim“ im Bereich Elpke/Ecke Memeler Str. aufgestellt werden kann.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 20.02.2025 - öffentlich - TOP 6.2 *

-.-.-

Zu Punkt 6.3

Lämershagener Brücke und Lämershagener Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9590/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der Einzelvertreterin der FDP, der im Ratsinformationssystem hinterlegt ist.

Herr Dr. Lange (Vorsitzender CDU-Fraktion) erklärt, dass zu dem Thema bereits Anfragen aus der Bezirksvertretung gestellt worden seien. Es gebe viele Fragen zum Ablauf und der Koordinierung der geplanten Straßenbaumaßnahmen. Er fordert eine frühzeitige und transparente Kommunikation. Die Lämershagener Straße sei von Bedeutung, da es sich auch um eine Ausweichstrecke bei Störungen auf der A 2 handle. Darum solle in der kommenden Sitzung ein ausführlicher Bericht erfolgen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Stieghorst beschließt, dass die Straßenbaulastträger von Bund und Land in der nächsten Sitzung den Zeit- und Sanierungsplan für die Lämershagener-Brücke und die Lämershagener Str. vorstellen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 20.02.2025 - öffentlich - TOP 6.3 *

-.-.-

Zu Punkt 7

Lärmsituation im Bereich Stralsunder Straße 24-28 - Anregung nach § 24 Gemeindeordnung NRW

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die im Ratsinformationssystem einsehbare Anregung eines Bürgers, die Lärmsituation im Bereich der Stralsunder Straße 24-28, insbesondere in der Überquerungsstelle des Radweges, zu überprüfen.

Herr Dr. Lange (Vorsitzender CDU-Fraktion) stellt den Antrag einen entsprechenden Prüfauftrag an die Verwaltung zu richten und zu bitten, über das Prüfergebnis zu berichten.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird gebeten die Lärmsituation im Bereich der Stralsunder Straße 24 - 28, insbesondere in der Überquerungsstelle des Radweges, zu überprüfen und über das Ergebnis zu berichten.

- einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 20.02.2025 - öffentlich - TOP 7 *

-.-.-

Zu Punkt 8

Neubau der Grundschule Sieker mit Einfeldsporthalle in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9593/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Harodt (Technische Betriebsleiterin Immobilienservicebetrieb) und Herrn Schwarz (ImmobilienServicebetrieb).

Frau Harodt zeigt Ansichten und Lageplan des Schulneubauvorhabens im Rahmen einer Powerpoint-Präsentation. Sie berichtet, dass die Verwaltung seit dem Errichtungsbeschluss 2020 für die neue Grundschule an der Planung und den Vergaben arbeite. In Folge des Neubaus müssten die Betriebsflächen des Umweltbetriebes (UWB) und der Parkplatz verlegt werden. Eine graphische Darstellung zeige den Baumbestand auf dem Grundstück. Nach einem europaweiten Vergabeverfahren sei die Entscheidung zugunsten des gezeigten Entwurfes gefallen. Das Gebäu-

de füge sich am ehesten in die Landschaft ein, es müssten aber Bäume gefällt werden. Der Eingriff solle so gering wie möglich gehalten werden. Wenn ein Beschluss der Bezirksvertretung in der heutigen Sitzung erfolge, sollen die erforderlichen Fällungen in der kommenden Woche erfolgen.

Frau Harodt führt aus, dass die Schule aus 3 Lernhäusern bestehe, die jeweils zweigeschossig seien. Im Obergeschoss befinden sich jeweils die Unterrichtsräume der 1. bis 4. Klassen eines Zuges mit einer gemeinsamen Mitte, sogenannte Lernfamilien. Die Turnhalle befinde sich in dem Gebäude direkt an der Oldentruper Straße, Richtung Parkanlage sei die Verwaltung untergebracht. Es gebe ein großzügiges und helles Foyer, die Dachflächen werden mit PV-Anlagen bestückt. Nur das Gebäude mit der Turnhalle werde unterkellert.

Insgesamt seien 51 bis 54 Bäume zu fällen. Dies erfolge in Abstimmung mit dem Umweltamt und dem Umweltbetrieb. Dabei sei um jeden Baum „gerungen“ worden. Die Arbeiten starten mit der Verlegung der UWB-Fläche.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) zeigt sich beeindruckt von dem geplanten Neubau. Gleichzeitig sei er sehr verärgert, dass mit so kurzem Vorlauf nun ein Kleinstwald gefällt werde, dies aber noch nicht einmal in der Vorlage erwähnt werde. Er habe Bedenken, dass nach der Rodung in diesem Jahr erst einmal keine Bautätigkeit erkennbar sei. Herr Burauen macht deutlich, dass er den vorgelegten Beschluss begrüße und man auch gewusst habe, dass Bäume dem Vorhaben weichen müssten. Er sei aber enttäuscht, wie bei diesem sensiblen Thema mit Informationen gegenüber der Politik und der Öffentlichkeit umgegangen werde.

Herr Dr. Lange (Vorsitzender CDU-Fraktion) führt aus, dass man lange auf die Pläne für die neue Schule gewartet habe. Er kritisiert aber, dass keine frühzeitige Einbindung der Bezirksvertretung erfolgt sei. Dies werde künftig erwartet. So gehe man nicht mit dem politischen Beschlussorgan um.

Zu dem Bauvorhaben möchte Herr Dr. Lange wissen, wie hoch die Gebäude geplant seien, wo ein Lehrerparkplatz angelegt werde, ob Platz für Hol- und Bringverkehre der Eltern sei und ob es den angedeuteten Zebrastreifen an der Oldentruper Straße geben werde.

Herr Lücke (Partei Die Linke) fragt nach, inwieweit Nachhaltigkeit mit den Baumfällungen vereinbar sei und ob es eine Einfriedung des Geländes zur Oldentruper Straße geben werde. Er pflichtet der geäußerten Kritik am Verfahren bei und hoffe, dass dies für zukünftige Projekte besser laufe.

Frau Harodt weist auf das Ende der Fällperiode Ende Februar hin. Ansonsten wäre eine Verschiebung auf den Oktober nötig gewesen. Die Fällungen seien erforderlich, bevor man im Frühjahr oder Sommer mit den ersten Arbeiten für die Anlage der neuen UWB-Fläche, des Parkplatzes und der Zuwegungen beginne.

Herr Schwarz erläutert zu den Gebäuden, dass diese 2-geschossig seien und deren Höhe mit Dachfläche insgesamt 10 Meter betrage. Die Turnhalle werde mehr in das Erdreich gebaut um eine Annäherung an die Höhe der anderen Gebäudeteile zu erreichen. Der Parkplatz werde mit

12 Lehrerparkplätzen und Parkplätzen für Friedhofsbesucher und UWB angelegt. Der Hol- und Bringverkehr solle über die Stralsunder Straße abgewickelt werden; die Kinder können dann über einen kurzen Fußweg durch den Park die Schule erreichen. Die Schule werde zur Absicherung gegen Vandalismus in den Abendstunden umzäunt. Tagsüber sei das Gelände offen und für alle zugänglich.

Frau Harodt ergänzt, dass die gefälltten Bäume durch Neuanpflanzungen auf der Fläche ersetzt werden.

Herr Burauen bezweifelt, dass die Eltern ihre Kinder an der Stralsunder Straße bringen oder holen. Er erwarte, dass die Eltern wohl eher die Oldentruper Straße nutzen. Er möchte wissen, ob an der Oldentruper Straße entsprechende Maßnahmen ergriffen werden.

Herr Schwarz führt aus, dass das Amt für Verkehr beteiligt worden sei und es an der Oldentruper Straße eine gesicherte Querung geben werde. Die Zufahrt zu dem Lehrerparkplatz werde zu den Stoßzeiten mit einer Schranke geschlossen, so dass die Eltern diesen nicht befahren können.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Stieghorst beschließt den geplanten Neubau der Grundschule Sieker mit Einfeldsporthalle an der Oldentruper Straße. Der Schul- und Sportausschuss und der Betriebsausschuss des Immobilienservicebetriebes nehmen Kenntnis von der vorgeschlagenen Planung.

- einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 20.02.2025 - öffentlich - TOP 8 *

Die gezeigte Powerpoint-Präsentation ist im Gremieninformationssystem unter diesem Tagesordnungspunkt einsehbar.

-.-.-

Zu Punkt 9**Wechsel der Trägerschaft für die Kindertageseinrichtung
D.O.M. Greifswald im Stadtbezirk Stieghorst****Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 9496/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung. Er freue sich, dass der Sozialdienst katholischer Frauen (SKF) die Verantwortung übernehmen wolle.

Herr Lücke (Partei Die Linke) erklärt, dass in den üblichen Interessenbekundungsverfahren auch die Tarifvertragsbindung des künftigen Trägers eine Rolle spiele. Er möchte wissen, ob dieses Merkmal von dem SKF erfüllt werde.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) möchte sich an dieser Stelle für den erfolgreichen Start der Kita mit der früheren Leiterin Frau Born bedanken. Er hoffe, dass sich der SKF an das Konzept anlehne.

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier bittet die Verwaltung die Frage von Herrn Lücke zur kommenden Sitzung zu beantworten.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Stieghorst empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss zu beschließen:

- 1. Die Trägerschaft für die Kindertageseinrichtung D.O.M. Greifswald im Stadtbezirk Stieghorst wird zum 01.08.2025 auf den Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Bielefeld übertragen.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, das weitere Verfahren in enger Zusammenarbeit mit dem Träger und in Abstimmung mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe – Landesjugendamt – als überörtlichem Träger der Jugendhilfe durchzuführen.**

- einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 20.02.2025 - öffentlich - TOP 9 *

-.-.-

Zu Punkt 10**Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2025/2026**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9428/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Es ergeht folgender

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Stieghorst stellt den durch die Jugendhilfeplanung und Trägergespräche ermittelten Bedarf an Betreuungsplätzen für das Kindergartenjahr 2025/2026 und deren Verteilung entsprechend der Anlagen 1 und 2, die Bestandteil des Beschlusses sind, fest und beauftragt die Fachverwaltung, diesen bis zum 15.03.2025 an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe, LWL-Landesjugendamt zu melden:

Gruppenform		Platzzahl* Tageseinrichtungen	davon unter 3 Jahre	davon über 3 Jahre	Platzzahl** Kindertagespflege
I = Kinder im Alter von zwei Jahren bis zur Einschulung	Ia (25 Std.)	62	1.233	3.707	
	Ib (35 Std.)	2.374			
	Ic (45 Std.)	2.504			
II = Kinder im Alter von unter drei Jahren	Ila (25 Std.)	19	19		
	Ilb (35 Std.)	974	974		
	Ilc (45 Std.)	985	985		
III = Kinder im Alter von drei Jahren und älter	IIla (25 Std.)	216		216	
	IIlb (35 Std.)	3.056		3.056	
	IIlc (45 Std.)	3.218		3.218	
Summe		13.408	3.211	10.197	920 davon U3 = 920 davon Ü3 = 0

*Abweichungen zwischen den beim Land anzumeldenden Plätzen (13.408 + 920 = 14.328) und der Gesamtzahl der Plätze (14.401) ergeben sich aus der Tatsache, dass 73 Plätze in heilpädagogischen

Gruppen nicht über das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) gefördert werden und insofern bei der Meldung an das Land NRW keine Berücksichtigung finden können.

****Bei der Platzzahl im Bereich der Kindertagespflege handelt es sich um eine Planzahl. Es ist erforderlich, diese Planzahl beim Land anzumelden, da regelmäßig im Laufe eines Kindergartenjahres neue Kindertagespflegeplätze geschaffen werden und für diese dann direkt die Gelder zur Verfügung stehen.**

2. Plätze für Schulkinder in der Kindertagesbetreuung sind nach aktuellem Stand nicht anzumelden. Sollten später Schulkinder in Kindertagesbetreuung aufgenommen werden, sind diese nachzumelden.
3. Gegenüber dem Land NRW sind auf der Basis der zurzeit vorliegenden Bewilligungsbescheide des Landesjugendamtes 309 Plätze in Kindertageseinrichtungen für Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung (sog. Integrationsplätze) anzumelden. Hiervon entfallen zwei Plätze auf Kinder unter drei Jahren und 307 Plätze auf Kinder über drei Jahren bis zum Schuleintritt. Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung, für die zu einem späteren Zeitpunkt Bewilligungen durch das Landesjugendamt ausgesprochen werden, sind nachzumelden.
4. Plätze in Kindertageseinrichtungen, die im Rahmen von Investitionsprogrammen für Kinder unter drei Jahren seit 2008 gefördert wurden, sind vorrangig mit Kindern zu belegen, die das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Die Verwaltung wird ermächtigt, für das Kindergartenjahr 2025/2026 im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung begründete Einzelfallregelungen gemäß § 55 Abs. 2 Satz 2 KiBiz zu den vorstehend genannten Plätzen zu treffen, wonach ein investiv geförderter Betreuungsplatz für ein Kind unter drei Jahren mit einem Kind im Alter ab drei Jahren belegt werden darf.
5. Plätze für Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung in Kindertagespflege sind nach aktuellem Stand nicht anzumelden. Sollten später Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung in Kindertagespflege aufgenommen werden, sind diese nachzumelden.
6. Als Bemessungsgrundlage für den Landeszuschuss zur Fachberatung von Kindertagespflege nach § 47 KiBiz sind 220 Kindertagespflegepersonen anzumelden. Sollten später mehr Kindertagespflegepersonen tätig sein, sind diese nachzumelden.

- einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 20.02.2025 - öffentlich - TOP 10 *

Zu Punkt 11 Bericht zur Beratung der Jahres- und Anlassunfallkommission 2024-II

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8523/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung. Er stellt klar, dass die Unfallstelle Heeper Straße/Otto-Brenner-Straße/Lohbreite nicht zu Stieghorst gehöre, aber die Unfallstelle Lagesche Straße/Ostring im Stadtbezirk liege. Weiterhin sei an der Stralsunder Straße noch immer die Litfaßsäule nicht beseitigt.

Herr Dr. Lange (Vorsitzender CDU-Fraktion) erklärt, dass er sich gewünscht hätte, bei dem Ortstermin an der Stralsunder Straße im vergangenen Herbst schon die Information zu erhalten, dass dort eine Unfallhäufungsstelle vorliege. Er bittet für die kommende Sitzung um Mitteilung, welcher Sachstand zur Stralsunder Straße gegeben sei bzw. wann die Litfaßsäule abgebaut werde.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Stieghorst - 20.02.2025 - öffentlich - TOP 11 *

-.-.-

**Zu Punkt 12 Mobilitätsstrategie 2030;
hier: Konzeptionierung und Dimensionierung von Park+Ride-Anlagen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8845/2020-2025/1

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Herr Dr. Lange (Vorsitzender CDU-Fraktion) stellt fest, dass in Stieghorst absehbar keine Park+Ride-Anlagen geplant seien. Dies ändere sich erst mittel- oder langfristig mit dem Stadtbahnbau nach Hillegossen. Alle anderen Alternativen seien unberücksichtigt. Er möchte die Verwaltung bitten aufzuzeigen, wo perspektivisch P+R-Anlagen oder Quartiersgaragen entstehen könnten.

Herr stellvertretender Bezirksbürgermeister Akay weist darauf hin, dass in der Ursprungsvorlage (Drucksachen-Nr. 8845/2020-2025) für Hillegossen eine zu planende Kapazität von 710 Stellplätzen (*Punkt 3.2*) genannt sei. Er möchte wissen, wie diese Zahl zustande komme und wie eine solche Anzahl realisiert werden könne.

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier bittet die Verwaltung die Fragen zur nächsten Sitzung zu beantworten.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Stieghorst - 20.02.2025 - öffentlich - TOP 12 *

Zu Punkt 13

Verwendung der bezirklichen Sondermittel 2025

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier bittet um Überlegungen zur Verteilung der bezirklichen Sondermittel für dieses Jahr. Er schlägt vor die Mittel dem Grunde nach wie in den zurückliegenden Jahren zu vergeben. Da der SC Lämershagen kein Jugendprogramm anbiete, wäre es denkbar stattdessen dem SKM-Naturkindergarten einen Sachkostenzuschuss zukommen zu lassen. Dieser habe schon einmal entsprechend angefragt.

Da eine Vergabe der bezirklichen Sondermittel erst nach Genehmigung des Haushaltes erfolgen könne, regt Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier einen entsprechenden Beschlussvorschlag an, sobald dies möglich sei. Das Gremium signalisiert allgemeine Zustimmung.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Stieghorst - 20.02.2025 - öffentlich - TOP 13 *

Zu Punkt 14

Verwendung der "kleinen Grünmittel" der Bezirksvertretung Stieghorst 2025

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier erinnert daran, dass für das inklusive Spielgerät am Freizeitzentrum Stieghorst bereits im letzten Jahr ein Betrag von 5.000 EUR von der Aktion Mensch eingeworben werden konnte.

Herr Skarabis ergänzt, dass die Kosten für das Gerät ca. 4.000 EUR zuzüglich Aufbaukosten des Umweltbetriebes (UWB) betragen. Seinerzeit habe die Bezirksvertretung signalisiert die über 5.000 EUR hinausgehenden Kosten aus den kleinen Grünmitteln zu finanzieren. Nachdem die Zusage der Aktion Mensch erfolgt sei, habe der Umweltbetrieb das Gerät inzwischen bestellt und werde die über den genannten Betrag hinausgehenden Kosten tragen. Der genaue Standort müsse dann noch abgestimmt werden.

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier begrüßt die Unterstützung durch die Aktion Mensch.

Er schlägt vor, die Genehmigung des Haushaltes zunächst abzuwarten und dann über die Verwendung der kleinen Grünmittel zu entscheiden.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Stieghorst - 20.02.2025 - öffentlich - TOP 14 *

Zu Punkt 15

Zwischenbericht Kommunale Wärmeplanung

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier begrüßt Herrn Peters (Umweltamt) zu diesem Tagesordnungspunkt.

Herr Peters erläutert anhand eine Powerpoint-Präsentation den Hintergrund für die Kommunale Wärmeplanung, die Erkenntnisse aus der Bestands- und der Potenzialanalyse sowie die Möglichkeiten für den Stadtbezirk Stieghorst. Er skizziert einen möglichen Zeitenplan. Nach der Information der Bezirksvertretungen seien Öffentlichkeitsveranstaltungen im März geplant.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) fragt nach, ob die Daten in Zahlen oder nur auf Karten online einzusehen seien. Im Übrigen sei es aus seiner Sicht erschreckend, dass die Ziele erst in 20 Jahren oder später zu erreichen seien.

Herr Dr. Lange (Vorsitzender CDU-Fraktion) möchte wissen, ob man sich schon Gedanken zu der Infrastruktur, etwa Mitnutzung von Gasleitungen, gemacht habe.

Herr Peters erklärt, dass man auf Gas noch eine Zeitlang zurückgreifen müsse. Die Leitungen würden dann stillgelegt, da diese für Wasserstoff wohl wenig oder nicht geeignet seien. Die Leitungen selbst sollen wohl im Erdreich verbleiben.

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier bedankt sich für den Vortrag und bittet die gezeigte Präsentation öffentlich zugänglich zu machen.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Stieghorst - 20.02.2025 - öffentlich - TOP 15 *

Die gezeigte Powerpoint-Präsentation ist im Gremieninformationssystem unter diesem Tagesordnungspunkt einsehbar.

**Zu Punkt 16 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Zur Sitzung liegen keine Informationspunkte vor.

* BV Stieghorst - 20.02.2025 - öffentlich - TOP 16 *

-.-.-

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Bernd Henrichsmeier
Bezirksbürgermeister

Anke Machnik
Schriftführerin